

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 35 Pfg. Beleghe gratis Nr. 4089 u. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Beisammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Dienstag, den 16. Mai 1899.

6. Jahrgang.

Sturz eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 13. Mai 1899.

Aus dem Reichstage. Die Durchpfechtung geht weiter; daß aber die Verhandlungen heute ein rascheres Tempo angenommen, als an den vorigen Tagen, kann man mit dem besten Willen nicht behaupten. Auch die Befragung des Hauses hielt sich heute noch so ziemlich auf der alten Höhe; besonders die Einseitiger — um einen englischen Ausdruck zu gebrauchen — des Zentrums scheinen mit großer Energie ihres Amtes gewaltet zu haben. Sonst freilich bildete die heutige Sitzung einen scharfen Gegensatz zur gestrigen und nun vollends zur Mittwochssitzung; trüg und langsam schlich sich die Debatte dahin; hatte sie an den vorigen Tagen einem sprudelnden Bergstrome geglichen, so ähnelte sie heute mehr dem Rheine in der Nähe seiner Mündung. Gesprochen wurde freilich genug, aber zu einem frisch-fröhlich-freien Wortgefecht kam es nicht. Die Agrardebate hatte gestern ihr Ende gefunden; sie scheint auf der Rechten eine gewisse Mattigkeit zurückgelassen zu haben, die selbst auf Herrn v. Stumm's wohlverprobten Eifer im Sozialistenwüden lähmend gewirkt hat: sonst hätte ihn unseres Parteigenossen Sachse's ungeschminkte, aber darum um so richtigere, Charakteristik der Grubenbarone sicher zu einem Wuthausbruch veranlaßt. Außer Sachse sprachen von der sozialdemokratischen Fraktion noch Wolkenuhr, welcher Mißstände im Schiffahrtsgewerbe geüblich geißelte, und Stadthagen. Interessant war ein kleines Geplänkel zwischen Hilke, dem Führer des spezifisch-antisozialen Theiles der Nationalliberalen und den Zentrumssozialpolitikern Hise und Stöbel, deren Antrag auf Demokratisierung des Knappschafts-lassenwesens mit sozialdemokratischer Hilfe angenommen wurde. Ferner setzte das süddeutsche Zentrum — aber keineswegs mit sozialdemokratischer Hilfe — durch, daß kleine Bauern u. s. w., die nebenbei im Tagelohn arbeiten, auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht ausgenommen werden sollen. — Als die Uhr auf 6 stand, war der Reichstag glücklich bis § 7a gelangt. Die nächste Sitzung soll am Montag um 1 Uhr beginnen.

81. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Posadowsky.
Die zweite Beratung des Invalidenversicherungsgesetzes wird beim § 4a fortgesetzt.
Derselbe steht die Befreiung von der Versicherung auf Antrag solcher Personen vor, welche Pensionen, Wartegelber, Renten,

wenigstens im Mindestbetrage der Invalidenrente genießen oder zu erwarten haben.

Behnter (Z.) will auch solche Personen von der Versicherungspflicht auf ihren Antrag befreien wissen, welche Lohnarbeit nur in bestimmten Jahreszeiten übernehmen, im Uebrigen aber ihren Lebensunterhalt als Betriebsunternehmer nur selbstständig erwerben oder ohne Lohn oder Gehalt thätig sind.

Dr. Vehr (M.) beantragt hierzu hinzuzufügen: „solange für dieselben nicht bereits 100 Wochen lang Beiträge entrichtet sind.“

v. Salisch (R.) wünscht zwar, daß die Wohlthaten der Versicherung möglichst vielen Landwirthen und Handwerkern zugänglich gemacht würden, will aber mit Rücksicht auf die aus Süddeutschland geäußerten Wünsche für den Antrag Behnter stimmen.

Wolkenuhr (SD.): Der Antrag Behnter will den kleinen Bauern und Handwerkern dadurch einen Nutzen zuwenden, daß sie der Versicherungspflicht entzogen werden. Wir verlangen prinzipiell daß alle, die als Lohnarbeiter thätig sind, auch die Beiträge zahlen. Außerdem liegt der Antrag Behnter auch gar nicht im Interesse der betr. Leute. Ein Handwerker, der in älteren Jahren infolge einer Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage Lohnarbeiter wird, muß dann leben ohne Aussicht auf Rente, weil er in jüngeren Jahren von der Versicherungspflicht ausgeschlossen war. Es ist also kein Grund vorhanden, diese Leute der Versicherungspflicht zu entziehen. Und wenn die kleinen Bauern in Süddeutschland meinen, sie würden davon Vortheil haben, so sollten Sie gerade dieser falschen Auffassung der Leute entgegenreten. Damit würden Sie ihnen einen größeren Gefallen thun, als wenn Sie sie aus der Versicherung ausschneiden. (Beif. v. d. Sozialdem.)

Frh. v. Richthofen (R.) ist im Prinzip gegen Einschränkung der Versicherungspflicht, aber, um einzelnen Wünschen entgegenzukommen, für den Antrag Hilpert und gegen das Amendement Vehr.

Hilpert (Bayr. Bauernb.) spricht sich im Interesse der kleinen süddeutschen Bauern für den Antrag aus.

Aufreiterberger (C.) meint, man dürfe seinem eine Wohlthat anbringen, die er nicht will, und dankt dem Abg. v. Richthofen, daß er für den Antrag Behnter sei, um dessen Annahme er das Haus bittet.

Franken (M.) bittet um Ablehnung des Antrages Behnter, während

Schrenpf (R.) um Annahme desselben bittet.

Maab (Antik.) ist dagegen, daß Kommissionsbeschlüsse ohne dringenden Grund abgelehnt werden und daher gegen den Antrag Behnter.

Hise (C.): Der Antrag entspricht nicht nur süddeutschen, sondern auch rheinländischen und westfälischen Wünschen. Wir bitten um seine Annahme, ohne daß wir seine Bedeutung überschätzen.

Wörle (C.) ist gleichfalls für den Antrag, ebenso Gamp (M.), da der Antrag auch den Wünschen des ländlichen Ostens entspreche.

Damit schließt die Diskussion. Beide Anträge werden mit großer Mehrheit angenommen, desgl. § 4a in der abgeänderten Kommissionsfassung und debattelos § 4b.

§ 5 trifft besondere Kasseneinrichtungen für Beamte unter bestimmten Voraussetzungen.

Stöbel (C.) beantragt die Buziehung in geheimer Wahl gewählter Vertreter der Arbeitnehmer zu der Verwaltung der Knappschaftskassen.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedtke bittet um Ablehnung des Antrages, der einen Eingriff in die Verfassung der bestehenden Knappschaften bedeute.

Oberberggrath Fürst bittet gleichfalls um Ablehnung des Antrages Stöbel.

Abg. Hilke wendet sich mit großer Animosität gegen den

Abg. Stöbel. Der von dem Abg. Stöbel vorgeschlagene Eingriff in die Verfassung der Knappschaftskassen liege nicht im Interesse der Arbeiter.

Frh. v. Stumm (M.) erklärt sich ebenfalls gegen Eingriffe in das „vortreffliche“ Knappschaftswesen, in das er keine „verheerenden“ Einflüsse hereingetragen wissen will.

Sachse (SD.): Herr von Stumm sei natürlich gegen das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht auch bei Kassenwahlen. Im geprüften Bochumer Statut der Herrn Hilke sei ungerecht; er lasse die Arbeiter 25 pCt. mehr Beitrag zahlen als die Arbeitgeber und gebe doch den letzteren das gleiche Stimmrecht. Wir werden Alles daran setzen, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen; wird der Antrag Stöbel-Hise abgelehnt, bringen wir ihn bei der Beratung des Berggesetzes wieder ein. Auf's Entschiedenste muß ich betonen, daß in Herrn Hilke's geprüften Bochumer Verein Recht und Wahrheit, wie er behauptet, herrschen: die Zahlen der Beiträge sprechen eine ganz andere Sprache. Herr v. Woedtke will nicht durch eine solche reichsgesetzliche Bestimmung in die Knappschaftskassen eingreifen; aber auf alle Fälle greift dieses Gesetz in dieselben ein; wir haben alle Ursache, darauf zu sehen, daß die Unternehmer den Reichszuschuß nicht in die eigenen Taschen stecken, d. h. ihn benutzen, um ihre eigenen Beiträge zu sparen, sondern daß er wirklich im Interesse der Arbeiter verwandt wird. Eine Bestimmung, die den Kassen in Zukunft solches verbietet, wäre daher sehr angebracht und wir werden daher für den Antrag Stöbel stimmen, obgleich derselbe nicht weit genug geht. Selbst das preussische Abgeordnetenhaus hat eine Resolution für die Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts bei den Knappschaftswahlen beschloffen. Wir behauern, daß der Antrag Hise-Stöbel nicht einmal so weit geht, wie diese Resolution des Abgeordnetenhauses und namentlich nicht ausdrücklich die Nichtwählbarkeit der Werkbeamten bestimmt. Die sächsischen Herren Grubenbesitzer thun alles Mögliche, um Obersteiger usw. zu sogenannten Arbeitervertretern wählen zu lassen; wirkliche Arbeitervertreter, auch wenn dieselben nicht einmal Sozialdemokraten sind, wenn sie 20, ja 30 Jahre in dem Bergwerke gearbeitet haben, wenn sie 7 und mehr Kinder besitzen, maßregeln sie, werfen sie auf's Pflaster, wenn sie sonst ihre Wahl nicht haben hindern können. Immerhin hat der Stöbel'sche Antrag, trotzdem er nicht weit genug geht, einen berechtigten Kern; wir werden für ihn stimmen und ihn, falls der Reichstag nach dem Wunsche der Regierungsvorsteher ihn ablehnt, beim Berggesetz wieder einbringen. (Beif. bei den SD.)

Hise (C.) empfiehlt den Antrag, der ein der Parität im Wege stehendes Prinzip beseitigen wolle.

Nach weiteren Bemerkungen des Oberberggraths Fürst, der Abg. Stöbel (C.), Hilke, Frh. v. Stumm (Mpt.) und Hise (C.) werden die Anträge Stöbel und der § 5 in der so veränderten Fassung angenommen.

§ 6 wird mit einer kleinen Aenderung, § 7 debattelos und unverändert angenommen.

§ 7 giebt dem Bundesrath die Befugniß, der See-Berufsgenossenschaft die Einrichtung einer besonderen Invalidenversicherung zu gestatten, mit der Aufgabe, daß damit zugleich eine Wittwen- und Waisenversorgung verbunden wird, und daß die Versicherung fortläuft, wenn die Versicherten zeitweilig Dienste auf ausländischen Schiffen nehmen, ihre Familien aber in Deutschland bleiben.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Lbrecht und Gen. (Soz.) vor, welcher für die Wittve mindestens 25 pCt., für jedes Kind mindestens 20 pCt. des im Heimathsort des letzten Schiffes für dessen Eigentümer der Verstorbenen arbeitete, ortsüblichen Lohnes, im Höchstbetrage insgesamt 75 pCt. desselben, festsetzt.

Hahn (libl.) ist für die Bildung einer noch höheren Invalidenversicherung für Seeleute, aber gegen den Antrag Lbrecht, der das Zustandekommen einer solchen sehr erschweren würde.

Wolkenuhr (SD.): Abgeordneter Hahn hat ein Loblied auf die Seeberufsgenossenschaft gesungen, an die nach seiner Be-

Zwanglose Wochenplauderei.

Was schall ich hilt juch nicht vertelln?
Beel Niges giffst dat nicht zu messen,
Un id keen jach in groete Noth
Wier nicht de Schusterinnung dobt.

Dat ole Ding wier swal un krant
Un wull kueren sik mit Zwang;
Dat junge Blot muß oll herin,
Denn kunn noch Rettung möglich sin.

So'n Zinnungs-krauter is en Mann,
De „Noth“ partout nich liden kann,
Un süht hei disse böse Klär,
Giff't, wi bi'u Offen, en Watlar.

So güng dat hier of mit den Zwang,
Beel robes Mannswollt keen doernang,
De fan, mit so en dwalichen Kram
Wüt St doch uns Ort Lüß nich lam.

Trech wer de Krach! Denn Noth und Blau
Wäst nich tosam, drüm hebbt sei gau
Na torten Streit un Kabbelle
Sich seggt — nu is't mit uns döbt.

Dobt is de Zinnung, dobt de Zwang,
Un id süng hilt den Grasgesang,
Soll klingen dat dösch de Waielust:
„Begrabt den Leib in seine Gruft.“

Da ging sie hin, die mit so viel Hoffnung ins Leben
Gerufene! Antifemistisch großspurig hatte eine Popsgröbe
anfangs geprahlt: „Habe ich die Brüder nur erst, dann
will ich sie schon mürrbe kriegen“ — und das Ende vom
Liebe war, daß die Brüder ihn mürrbe kriegten. Windel-

weich ist er geworden, und das Kind seiner Liebe ist ein
„todter Leichnam“. So geht's, wenn man sich zuviel zu-
traut. So ging's auch einem wagemüthigen Metallfürsten.
Er vermaß sich, den Lindwurm der Organisation zu tödten,
da kamen jedoch seine Brüder, „Fayles“ nennt er sie in
grimmem Jörn, und halfen dem Drachen, und Sanctus
Jakobus mußte seine Lanze senken vor dem verhassten
Ungethüm. Und so groß daß Gaudium bei den Drachen-
kindern war ob dieses Ereignisses, so groß war sie bei
den Jüngern des biedereren Hans Sachs, als der Warm,
der sich so lange gekrümmte, das Heilsliche gesehnet hatte.
Es sollen sogar Illuminationen vorgekommen sein. Doch
davon darf ein Wochenplauderer nicht allzuviel verrathen.
Ich will deshalb, um nicht zu straucheln, mich auf ein
anderes Feld begeben. Doch wohin? Glaubet mir, werthe
Leserinnen und Leser, es ist ein bitter-saures Stüch Arbeit,
heute, wo die schönste Frühlingssonne ins Fenster hinein-
lacht, und die Lindenzweige ihr prächtiges, jugendfrisches
Grün uns vor's Auge halten, zu schreiben. Die Natur
holt jetzt mit verdoppeltem Eifer nach, was sie uns so
lange vorenthalten, mit überströmender Liebe beschenkt
sie uns Menschenkinder mit ihren herrlichen Gaben. Was
Wunder, wenn da vor Allem der Arbeiter seinen freien
Tag, den einen nachden sechs Tagen schwerer, ermüdender
Frohn im Dienste des Kapitals, benutzt, um in Wald
und Feld, in Luft und Sonne sich zu erfrischen und zu
ergötzen!

Wie süß der Wald doch träumt zur Nacht
In wohlthig trautem Schweigen!
Wie ist er fröhlich aufgewacht,
Wie rauscht es in den Zweigen!

Un was im Traum ihm vorgeschwebt,
Er sieht es hold ersehen,
Das Bild der Nacht, es weht und lebt,
Nun Morgenlüfte wehen.

Kein Stüd fehlt in der Wirklichkeit:
Der Tau blinzt auf den Blättern,
Die Morgensonne glüht von weit,
Und Lerchenlieder schmettern.

Und mit der Wogen heiterm Blau
Kann Blüß und Gruß er tauschen,
Und senden über Berg und Au
Sein Duffen und sein Rauschen.

O Frühlingsmorgen goldig klar,
O Wald voll Duft und Wieder,
Mit Frohsinn füllt ihr wunderbar
Das müde Herze wieder.

Nun mag ich wieder stolz das Haupt
Der Buche gleich erheben
Und aus dem Winkel eng, bestaunt,
In rosige Ferne streben.

Die Bieder, die mir längst verhallt,
Erklingen in grünen Räumen —
O märchenbunter Frühlingswald,
Nun mag auch ich wohl träumen.

Die Schönheiten der Natur zu genießen, ist leider
ebenso sehr Privileg der Besitzenden, wie alle anderen Ge-
nüsse der Erde. Dem Schaffer der Werthe, dem Prole-
tariet, wird nur ein winziger Antheil an den Reizen der
schaffenden Erde. Und die Herrschenden geben sich so
außerordentlich wenig Mühe, den vielen taubenden Menschen-
kindern, denen sie ihre goldenen Tage verdanken, etwas

Januar ganz kolossale Anforderungen gestellt werden, weit größer, als an irgend eine andere. Das ist aber keineswegs der Fall, schon deshalb nicht, weil viele Seelen in vorgerückten Lebensjahren sich anderen Berufen zuwenden. Ich kann nicht einsehen, warum die Seberufsgenossenschaft sich so ganz besonders zur Errichtung einer Invalidenversicherung mit Witwen- und Waisenversorgung eignen soll. Die Voraussetzung müsste doch sein, daß die Seberufsgenossenschaft besonders gut für ihre Leute sorgt. Das ist aber keineswegs der Fall, wie ich bereits bei einer anderen Gelegenheit, bei der Etatsberathung, angeführt habe. So bezieht z. B. ein verunglückter Schiffszimmermann 8,50 Mark monatliche Rente weniger, als ein verunglückter Bergmann in einer Hafenstadt. Derartige Verfügungen, die der Reichsanwalt auf Grund des § 6 des Unfallversicherungsgesetzes vornimmt, sind im Jahre 1893 um 25 pCt. niedriger gewesen, als die tatsächlichen Steuern im Deutschen Reich waren und somit sind die Witwen und Waisen um ein Erhebliches benachtheiligt worden. Wie die Seberufsgenossenschaft für die Seelenleute sorgt, zeigt ein Fall, der sich in diesem Frühjahr hier vor dem Reichsversicherungsamt abspielte. In Hamburg war auf einem Dampfer beim Maschinenbau ein Maschinenist verunglückt, und die Seberufsgenossenschaft verweigerte die Rentenzahlung, da der Mann auf dem Dampfer nicht angeheuert gewesen war, sondern nur vorübergehend eine Reparatur vorgenommen hatte. Das Reichsversicherungsamt entschied im Sinne der Seberufsgenossenschaft, obgleich das Hamburger Schiedsgericht die Rente zuerkannt wollte. Weiter fragt es sich, ob überhaupt gerade für diese Genossenschaft die Witwen- und Waisenversicherung eine Nothwendigkeit ist, d. h. ob es sich durchweg um verheirathete Leute handelt. Von 3414 in 9 Monaten angemeldeten Witwen waren indess nur 384 verheirathet. Und die Zahl der Verheiratheten auf unseren Schiffen nimmt beständig ab. Das giebt auch die Seberufsgenossenschaft in ihrer Eingabe an den Reichsanwalt vom 11. März 1893 ohne weiteres zu. — Nun hat die Seberufsgenossenschaft lediglich eine Witwen- u. Waisenversorgung für die aktiven Seelenleute im Auge. In dem Moment, wo der Mann aus dem Seberuf ausscheidet, soll er auch aus der Witwen- und Waisen-Versicherung auscheiden. Die Versicherung soll nach außen hin als human erscheinen, aber sie soll nichts kosten. Die Seberufsgenossenschaft sagt selbst am Schlusse ihrer Eingabe, die Beiträge der Seeschiffahrt zur Alters- und Invalidenversicherung würden völlig ausreichen, um die Kosten der Witwen- und Waisenversorgung zu decken. Wir verlangen, die Rente soll mindestens 25 pCt. des ortsüblichen Tageslohnes gewöhnlicher Tagelöhner betragen für jede Witwe und 20 pCt. für jede Witwe. Danach würde z. B. in Orten mit 2 Mk. ortsüblichem Tageslohn wie in den Haffstädten die Witwe eine Jahresrente von 150 Mk. haben und für jedes Kind 120 Mk. In Städten mit höchstem Tageslohn wie Hamburg, Bremen würde die Witwe 225 Mk. und für jedes Kind 180 Mk. erhalten. Soll die Witwen- und Waisenversorgung nicht eine bloße Dekoration sein, denn muß der Reichstag hier in unserm Sinne eingreifen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsversicherungsamt v. Woelfke: Die Seberufsgenossenschaft thut alles, was in ihren Kräften steht, um das Loos der Seelenleute zu verbessern. In dem einzelnen Falle, den Herr Wolkenbührer anführte, hat die Seberufsgenossenschaft durchaus recht gehabt. In dem Augenblick, wo sie glaubt, eine Rente nicht zahlen zu dürfen, muß sie an das Reichsversicherungsamt gehen, um zu sehen, ob ihre Auffassung die richtige ist. Ich bitte Sie, den Antrag der Sozialdemokraten abzulehnen.

Wolkenbührer (wiltbl.): Was Herr Kollege Wolkenbührer über die Vertrauenswürdigkeit der Seberufsgenossenschaft gesagt hat, war nicht richtig. Wenn jemand eine so schwere Last übernimmt, dann ist es sonderbar, daß man an ihr da noch mit solchen Vertrauensschwankungen herantritt. Größere Cantelen als die Genossenschaft bietet, kann man von ihr nicht verlangen.

Fischer (FvP.) erklärt sich für den Antrag Abrecht.

Stadtthagen (SD.): Von den Kommissionsbeschlüssen unterscheidet sich unser Antrag in Folgendem. Erstens haben wir zu dem Bundesrath nicht das Vertrauen, daß er seine Befugnisse im Sinne der Arbeiterfürsorge ausüben wird. Zweitens wollen wir nicht bloß allgemeine Lebensarten von Witwen- und Waisenversorgung haben, sondern die Festsetzung bestimmter Minimalätze. So wie die Sache mit der Witwen- und Waisenversorgung jetzt formuliert ist, ist sie für uns ein leeres Wort. Haben wir aber Minimalätze, dann haben wir eine wirkliche Versorgung und nicht den Schein einer solchen. Ich begreife nicht, wie man meinem Freunde Wolkenbührer aus seinen Beschwerden gegen die Berufs-genossenschaft einen Vorwurf gemacht hat, die er doch in der lebens-würdigsten Form vorbrachte. Wie steht denn aber nun die Sache? Die Witwen und Waisen der Seelenleute sind schlechter gestellt, als die der schlecht gestellten Arbeiter in den Hafenstädten. Die Witwe eines Seemanns bezieht eine Monatsrente von 6,58 Mark (bietet, hört!) und alle Hinterbliebenen als Höchstbetrag zusammen 19,74 Mark. Wolkenbührer hat also Recht mit seiner Behauptung, daß die Seberufsgenossenschaft nicht gerade am geeignetsten erscheint, das Geld der Waisen und Witwen zu verwalten. Nach dem Gesetze sollen der Berechnung der Witwen- und Waisenrenten die Durchschnittslöhne der letzten drei Kalenderjahre zu Grunde liegen; alle fünf Jahre soll eine Revision stattfinden. 1893 wie 1898 hieß

mehr davon zu bieten, ja nur das Beste für die Werke der Natur in ihnen zu wecken. Sie gehen achtlos vorüber an den Wünschen der Massen, die sich aus den schwarzen Fabrikmauern und den dumpfen Miethskasernen hinaussehnen in die Genesung bringende, grüne und blühende Welt. Ist das aber merkwürdig, wenn man sieht, wie überhaupt umgesprungen wird mit den Armen, die in der Wahl ihrer Eltern unwürdig waren? Neuferte doch jüngst eine sehr hochgestellte Person sich gegenüber einem Manne, der ihn um eine Stellung ansprach: „Was wollen Sie die Stellung antreten?“ Sie leben ja doch nicht lange mehr!“ Und da wundert sich mancher Besizende noch, wenn seine Arbeiter ihm kein Vertrauen mehr schenken wollen, wenn sie in hellen Haufen in das Heer der organisirten Arbeiter übergehen, um dort im Bruderkreise die selbstlose Nächstenliebe, die opferwillige Solidarität zu finden, die sie bei den Großen und Mächtigen vergeblich suchten und suchen werden! Fürwahr, es ist erfreulich zu sehen, wie heute der Gedanke der Zusammengehörigkeit sich bei den Arbeitern rapide Bahn bricht, wie gerade die Gegner der Einigkeit der Massen diese Entwicklung fördern. Das bürgt uns dafür, daß unter Kämpfen und Sorgen nicht vergeblich war, daß jener Tag des Jorues naht, der nicht die Rache bringt, sondern die friedliche Erfüllung unserer Hoffnungen.

Tag des Jorues, brich herein!
Lass in frischem Sturmesbrausen
In den faulen Land vergeh'n
Und auf den vermorsten Trümmern
Eine neue Welt erseh'n;
Daß wir Alle endlich trinken
Aus der Fülle des Freudenbros
Einer freiheitlichen Menschheit —
Brich herein, du Tag des Jorues!

A. K.

es, eine Ordnung der Sache nicht möglich, obgleich die Seberufsgenossenschaft geklagert waren. Dadurch sind die Witwen und Waisen der Seelenleute jährlich um 20 000 Mark gekommen; jedes Gericht müßte, würden sie eingelagert, den Reichsanwalt zur Zahlung derselben verurtheilen. Mühen wir uns also, dem Bundesrath Vollmacht zu geben. Wir werden nicht erreichen, als den Schein einer Witwen- und Waisenversorgung. Sollten Sie sich nicht zur Annahme unseres Antrages entschließen können, lesen Sie wenigstens statt Seberufsgenossenschaft einfach: Berufs-genossenschaften. Es liegt keine Verantwortung vor, gerade für die Seberufsgenossenschaft ein besonderes Privilegium zu schaffen. (Leb. Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Nach kurzen Bemerkungen der Wgg. Hahn (wiltbl.), Rosenbührer (SD.) und Müller (V.) schließt die Diskussion, worauf der Antrag Abrecht abgelehnt und § 7a nach den Beschlüssen der Kommission angenommen wird. Die Weiterberathung wird auf Montag, Mittags 1 Uhr vertagt.
Schluß: 6 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Wöhre's Abschied von den Nationalsozialen. Im letzten Hefte der „Zukunft“ veröffentlicht Paul Wöhre eine längere Erklärung über seinen Austritt aus dem nationalsozialen Bänderbündel. Die Darlegung bestätigt, daß Wöhre sich innerlich seinen früheren Bestimmungsgenossen seit längerer Zeit bereits entfremdet fühlte, wie das in seinem Konflikt mit dem Leipziger Professor Sohn zu Tage trat. Wöhre hatte sich als schwärmerischer Utopist dem Wahne hingegeben, vom Standpunkt des gläubigen Christen und Monarchisten aus proletarische Interessenpolitik durch das Mittel der nationalsozialen Partei treiben zu können. Er meint auch, anfangs habe die Parteigruppe in diesem Fahrwasser gesegelt. Erst mit dem Auftreten des nationalsozialen gewordenen Max Lorenz begann sich, nach Wöhre's Auffassung, eine erste scharfe Wendung der Nationalsozialen gegen die bisher einzige durch und durch proletarisch-sozialistische Interessenvertretung der Arbeiter anzubahnen; sie erhielt ihre Fortsetzung dann durch das Vorgehen des Herrn Geheimraths Sohn und anderer.“ Die Entscheidung sei dann gefallen mit der Stichwahlparole bei den Reichstagswahlen zu Gunsten der national-liberalen Partei. Damit hätten sich die Nationalsozialen in das bürgerliche Lager gestellt und ihren Anspruch, eine sozialistische, proletarische Partei zu sein, völlig fallen lassen. Ueber die weitere Entwicklung der am Naumann gruppirten Politiker schreibt Wöhre dann:

„Wanz konsequent fiel denn auch die Haltung der Nationalsozialen gegenüber der Deynhäuser Kaiserrede so aus, wie sie für eine bürgerliche Gruppe gerathen war. Eine proletarisch-sozialistische Gruppe hätte nur den Ausschrei der bedrohten Existenz gefunden und wußt über ihre nationalen Bestimmungen, so weit sie monarchische waren, einer Revision unterwerfen müssen. Statt dessen erfolgte eine — für eine bürgerliche Gruppe allerdings ganz kräftige — Protesresolution und eine Rede Naumanns über das deutsche Kaiserthum, die zwar ausreichenden Schmerz und Enttäuschung zum Ausdruck brachte, daneben aber auch Stellen enthielt, die wie ein Erklärung, ja, beinahe Wunde man sagen: wie ein Entschuldigungs-veruch ausgaben. Das war die Haltung einer bürgerlichen Gruppe, nicht einer proletarischen, die sich durch jene Rede bis ins innerste Mark getroffen gefühlt und sich geräthet hätte, um das ganze Wohl und Wehe ihrer Parteianhänger zu kämpfen. Ja, noch mehr: als kurz nachher der Kaiser seine Fahrt nach dem Orient antrat, war bei dem Gros der Nationalsozialen eitel Entschluß, Deynhäuser nicht vergessen und man wandte sich mit einer auffälligen Anteilnahme der orientalischen Frage und in Verbindung damit überhaupt den auswärtigen und Machtfragen zu, wobei man allerdings auf die zwei ersten Paragraphen der Grundlinien zurückgreifen konnte. Diese beinahe den ganzen vergangenen Winter ausfüllende Beschäftigung mit auswärtiger, kolonialer und Weltmachtspolitik wäre unter den heutigen innerpolitischen Verhältnissen einer wirklich proletarisch-sozialistischen Partei ganz gewiß nicht möglich gewesen; sie ist nur ein neuer Beweis dafür, daß die Mehrzahl der heutigen Nationalsozialen im Grunde in das bürgerliche Lager hineingehört. Ja, man kann, ohne den Boden der Thatsachen zu verlassen, behaupten, daß der Nationalismus der Nationalsozialen, wie er sich seit Deynhäuser entwickelt hat, heute für sie geradezu oberstes politisches Prinzip geworden ist. Als auf dem ersten Delegirten-tag 1898 ein Herr die Frage der Prävalenz des Nationalen über das Soziale oder umgekehrt des Sozialen über das Nationale anregte, ward sie als unwichtig beiseite geschoben; jetzt ist sie thatsächlich und praktisch entschieden: der Nationalismus ist in der Besinnung, Programm und Politik der Nationalsozialen führend geworden. So darf man zusammenfassend sagen: die kleine nationalsoziale Partei ist heute jedenfalls keine proletarisch-sozialistische, sondern eine bürgerlich-nationalistische Gruppe. Und weil diese Entwicklung mit meinen Absichten und Wünschen unvereinbar ist, habe ich keinen Platz mehr bei den Nationalsozialen.“

Wöhre's, ebenso wie Naumann's Schicksal bestätigt wieder einmal die alte Erfahrung, daß eine Vermittelungs-politik zwischen dem proletarischen und dem kapitalistischen Lager im modernen Klassenkampf unausführbar ist. Für Jeden, dem es ernst ist mit seiner Ueberzeugung, giebt es nur ein Entweder, Oder. Er muß haben kämpfen oder drücken, wenn er überhaupt im politischen Leben thätig sein will. Die Naumann und Lorenz haben sich zu unseren Gegnern entwickelt. Nur unklare Köpfe können noch immer die frühere national-soziale Behauptung wiederholen, daß sie ja eigentlich „in sozialer Hinsicht“ das nämliche wollen, wie die Sozialdemokratie. Daß diesen Leuten das Konzept verdorben wird, ist eine der erfreulichsten Wirkungen der Wöhre'schen Erklärung.

Der Fall Müller. Sonnabend wurde die Revision verhandelt, die unser Genosse Müller, der Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“ gegen das Urtheil des Magdeburger Landgerichts eingelegt hat, durch das er wegen Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist. Er wurde bekanntlich verurtheilt, da er versehentlich an einem Tage, an dem er gar nicht in Magdeburg war, als verantwortlicher Redakteur in einer Nummer der „Volksstimme“ aufgeführt wurde, die eine angebliche Majestätsbeleidigung enthielt. Müllers Rechtsbeistand war Rechtsanwalt Dr. Landsberg aus Magdeburg. Vertreter der Reichs-

anwaltschaft war Rechtsanwalt Nagel. Von den Revisionsräthen erkannte der Reichsanwalt selbst den einen, daß das Magdeburger Gericht die betreffende ganze Nummer der „Volksstimme“, nicht bloß die den Artikel enthaltende Beilage, eingezogen hatte, als berechtigt an. Unter den Richtern saßen der Senatspräsident Treplin, früher Reichsanwalt und die Reichsgerichtsräthe Reife, Hysomirski, Jörster II (früher Staatsanwalt) und Kolb. Nach längerer Berathung hat das höchste Gericht die Revision verworfen, weil in dem Urtheil der ersten Instanz kein Rechtsirrtum enthalten sei. Das Urtheil ist damit rechtskräftig und ein materiell Unschuldiger muß die fürchterliche Strafe verbüßen, wenn es nicht gelingt, ein Wiederaufnahmeverfahren zu erzielen. Es ist bekannt, zu welchem ungewöhnlichen Schritt sich der Redakteur der „Volksstimme“ Schmidt entschlossen hat, um den Unschuldigen zu retten. Schmidt hatte sich selbst als Thäter im Sinne des Preßgesetzes bezichtigt. Er stellte sich vor Ablauf der Verjährung der Staatsanwaltschaft und beantragte und erlangte die Aufhebung der Immunität, die ihn als Mitglied des Reichstags vor Angriffen der Justiz schützte. Das Opfer ist nutzlos erbracht, wenn in der Selbstbeziehung des Thäters nicht die neue Thatsache gefunden wird, die zur Einleitung des Wiederaufnahme-Verfahrens führen könnte. Inzwischen ist auch gegen den Verleger Harbaum Anklage wegen falscher Angabe des verantwortlichen Redakteurs erhoben worden. Wird nun Harbaum verurtheilt, wird ihm nachgewiesen, daß er zu Unrecht Müller als verantwortlichen Redakteur bezeichnet hat, so wäre damit festgestellt, daß Müller in jeder Hinsicht — auch nach dem Buchstaben des Preßgesetzes — formal und materiell mitnichten irrtümlich verurtheilt worden ist. Und die preussische Justiz steht dann vor der Aufgabe, ob es für sie kein Mittel giebt, einen von ihr selbst als unschuldig Erkannten zu befreien. Sonst würde durch den Prozeß Müller aufs Neue bewiesen werden, daß es mit den „vollendetsten Rechtsgarantien“ in Preußen-Deutschland nicht weit her ist.

Die Herrenhausjunker fühlen sich beleidigt. Die Frechheiten der Klinkowftröm, Stumm und Konsorten, die im Herrenhaus unter starken Morddrohungen gegen die Rechte des Volkes zu Felde zogen, hatten einige Parteiblätter, die „Schlesische Volkswacht“, die „Obriger Volksztg.“ und die „Wahrheit“ veranlaßt, sich scharf gegen das Herrenhaus zu wenden. Jetzt hat das Herrenhaus Genehmigung zur Strafverfolgung dieser Blätter gegeben. — Das einfachste Anstandsgefühl hielt bis jetzt die meisten Parlamente ab, wegen einer Kritik seines Verhaltens zum Rabi zu laufen. Nur der sächsische Landtag, und jetzt das preussische Herrenhaus, haben es nothwendig, ihre Ehre und Ansehen vom Richter reparieren zu lassen. Das ist schlimm für die Herrenhäuser!

Die Fleischschau-Kommission hat am Freitag nach Ablehnung eines antisemitischen (gänzliches Verbot der Pferdefleisch-Einfuhr) und eines sozialdemokratischen Antrags (Wakat auf den Läden, die Pferdefleisch feilhalten) den § 17 über die Untersuchung, Einfuhr und Vertrieb des Pferdefleisches nach der Regierungsvorlage unverändert angenommen. Ein Regierungsvertreter erklärte: Pferdefleisch wird offiziell überhaupt nicht eingeführt, sondern nur unter Deckmantel. In Hamburg kommt zwar sehr viel Pferdefleisch an, wird aber weiter geführt nach Norwegen, Schweden u. Im § 20, der nach der Vorlage dem Bundesrath die Bestimmung überlassen wollte, nach welcher Fleischfarbe- und Konservierungsmittel verboten sein sollen, wurde ein Centrumsantrag angenommen, der den Zusatz von Borax und Borpräparaten schon durch das Gesetz verbietet, obwohl ein Vertreter des Reichsgesundheitsamts erklärte, daß Borax nicht giftiger sei, wie Salpeter. Graf Oriola wies darauf hin, daß für die Frankfurter Würstchen, von denen jährlich eine Million Dosen versandt werde, ein Borzusatz von 1/2 pCt. zur Konservierung durchaus erforderlich sei. Zum § 23 wurde ebenfalls ein Centrumsantrag angenommen, durch Landesgesetz die Bestimmung zu treffen, wer die Kosten der Fleischschau zu tragen hat. Die Regierungsvertreter waren mit der Tendenz einverstanden, aber nicht mit der Bestimmung, daß die Landesregierungen durch ein Gesetz die Frage regeln sollen. Am Sonnabend hat die Fleischschau-Kommission die erste Besung beendet und im Anschluß daran sich in einer Resolution für die landesgesetzliche Einführung der Heranziehung staatlicher Mittel ausgesprochen.

Kleine politische Nachrichten. Der Bundesrath genehmigte am Freitag den Nachtrag zum Reichshaushaltsetat pro 1899 und den Nachtrag zum Kolonialetat pro 1899, beide in der Fassung der Bundesrathsausschüsse. — Der Entwurf des Hypothekengesetzes ist am Sonnabend in der Kommission des Reichstags in zweiter Lesung zu Ende berathen worden. — Der Senatoren-Konvent des Reichstages hat in seiner am Sonnabend stattgehabten Sitzung beschlossen, bis Donnerstag vor Pfingsten, 18. d. Mts., die Durchberathung des Reichs-Invaliditätsgesetzes zu ermöglichen. Nach den Pfingstferien wird der Reichstag bis zum 25. Juni durchsitzeln und dann bis Mitte November vertagt werden. Er wird in der Zeit nach Pfingsten sich mit dem Nachtrags-Etat, der Regelung der Handelsvertragsverhältnisse mit England, der dritten Lesung des Reichs-Invaliditätsgesetzes und sonstigen etwa noch vom Reichsanwalt bestimmten Gesetzentwürfen beschäftigen. — Wegen einer angeblichen Verhöhnung der Zeitungsberichte über die Jagderfolge des Kaisers wurde die „Augsburger Stadtzeitung“ konfiszirt. — Aus Vemberg meldet ein offizielles Telegramm: Arbeitslose Arbeiter plündern in Borslau die Brobläden. Durch die Sperrung von 200 Schächten sind über 5000 Arbeiter brodlos geworden. Das Glend ist unbefriedigt. — Der schweizerische Bundesrath stimmte dem Vorschlag des Deutschen Reichspostamtes zu, eine direkte Telephonverbindung Berlin-Schweiz auf dem kürzesten Wege über Waldkirch nach Basel zu führen, damit diese Verbindung auch dem Verkehr zwischen Stuttgart und der Schweiz dienen könne. Die Gebühr soll betragen: Berlin-Schweiz 4 Frs. oder 3 Mk., Stuttgart-Schweiz

2.50 Frks. oder 2 Mk. für das einfache Gespräch von 3 Minuten. — Aus Bologna meldet die „Bos. Ztg.“: Der Schwur-gerichtsprozess wegen des Bombenschwindels von Alessandro begann am 12. Mai. — Olszewski, der verhaftete Redakteur des „Kurjer Warszawski“ in Warschau, ist gegen eine Kaution von 10 000 Rubel freigelassen. — Eine neue Armenierherge scheidet in der Türkei bevorzustehen. Laut Konsulatsberichten aus Diarbek hat eine große Anzahl willfährlicher Verhaftungen und Hausdurchsuchungen stattgefunden, wodurch auch viele Schreden unter der christlichen Bevölkerung Armeniens hervorgerufen worden ist. Die Hausdurchsuchungen werden unter dem Vorwand, nach Beschuldigungen zu haben, vorgenommen. In ähnlicher Weise wurde auch vor einigen Jahren die mohammedanische Bevölkerung gegen die Armenier „schonigemacht.“ — Im Sudan haben sich 2000 Dervische mit einer großen Anzahl Frauen und Kinder vom Lager des Khalifen einem englischen Kanonenboot auf dem Weißen Nil ergeben. — Aus Manila wird gemeldet, daß der Filipino-Kongress am 11. Mai in San Isidro zusammengetreten ist, um über die Friedensbedingungen zu beraten. — In theuren Vergnügen. Nach einem Ausweis des Schachmattes hat der spanische Krieg den Vereinigten Staaten einschließlich der an Spanien für die Philippinen gezahlten 20 Millionen Dollars rund 275 Millionen Dollars gekostet. In diese Rechnung nicht einbezogen sind die Kosten der Okkupation von Kuba und Portoriko und der Kämpfe auf den Philippinen und auch nicht die Mehrausgaben für Schiffsbauten seit Beendigung des Krieges.

Frankreich.

Eine neue Niederlage haben die Gegner der Revision erlitten. In der Kammer Sitzung von Freitag interpellirte der Sozialist Viviani wegen der Veröffentlichung der zwischen Declasse, dem Minister des Aussenwerts, und Freycinet in betreff des Zwischenfalls Valeroloues-Cuignet gewechselten Briefe und fragt an, ob diese Briefe authentisch seien. Der Kriegsminister antwortete, Major Cuignet sei, als die Briefe im „Petit Journal“ erschienen waren, aus freien Stücken zu ihm gekommen und habe erklärt, daß er vergangenen Sonntag diese Briefe einem seiner Freunde, dem Richter Grosjean in Versailles übergeben habe, welcher dieselben dem „Petit Journal“ mitgeteilt habe. (Bewegung, lebhafteste Proteste!) Der Kriegsminister fügte hinzu, er habe im Einverständnis mit der Regierung den Major Cuignet aus dem Dienst entlassen. (Beifall.) Declasse bestieg unter anhaltendem Lärm der Reden die Rednertribüne und bewies, daß die Briefe, welche er an Freycinet geschickt habe, vom Capitän Cuignet und dem „Petit Journal“ gefälscht worden sind. Die Rechte versuchte den Redner am Weiterreden zu verhindern, aber Declasse rief aus: Ich werde ausharren und die Rednertribüne nicht eher verlassen, als bis ich fertig bin. Declasse rechtfertigte sodann die Haltung Valeroloues vor dem Kassationshof und beweist die zweideutige Haltung Cuignets. Mehrere Antisemiten, die Declasse unterbrachen, wurden zur Ordnung gerufen. Der Vorsitzende lautete permanent mit der Glocke; da es unmöglich geworden war, daß sich noch ein Redner vernehmlich machen konnte, wurde die Erörterung geschlossen. Es waren zwei Tagesordnungen eingebracht: nach der ersten sollte der Regierung ein Vertrauensvotum ausgesprochen werden, nach der anderen sollte zur einfachen Tagesordnung übergegangen werden. Die Regierung forderte das Vertrauensvotum, das mit 389 gegen 65 Stimmen angenommen wurde. — Selbstverständlich sind die Nationalisten über den Anfall dieser Kammer Sitzung sehr erbost. Einer ihrer Abgeordneten, Lafes, hatte den drohenden Einfall, den Minister Declasse zu fordern, und wählte Millevoys und Morton zu seinen Zeugen. Der Minister wies diesen aber die Thür.

Der Redakteur der Pariser antisemitischen „Libre Parole“, Papillaud, der dem Senator Fabre vorgeworfen hatte, daß er bei der Debatte über das Kassationshofgesetz betrunken gewesen sei, wurde von den Geschworenen freigesprochen.

Leblois, der Verteidiger Picquarts, zog seinen Widerspruch gegen die Entscheidung des Kassationshofs in der Affaire Picquart zurück. Die Angelegenheit kommt nunmehr vor die Anklagkammer, die Picquart, der bereits 10 Monate inhaftiert ist, vor das Schwurgericht oder außer Verfolgung stellen muß.

Der „Figaro“ setzte Sonnabend seine zusammenfassende Darlegung der Dreyfus-Affaire fort. Auch in diesem Artikel beschäftigt er sich hauptsächlich mit dem Bordereau. Das Blatt führt aus, daß Henry, der lange mit Esterhazy in Beziehungen stand, zweifellos sofort die Schrift des Bordereaus erkannt habe. Dieser Ansicht seien auch die meisten Mitglieder des Kassationshofes und nehmen an, daß Henry, weil er aus irgend einem Grunde das Bordereau nicht habe beseitigen können, dem Schriftstücke zunächst ein falsches Datum (April 1894) gegeben habe, um für Esterhazy eine Art Alibi zu schaffen. Nach der Freisprechung Esterhazys sei das Bordereau wieder mit dem richtigen Datum (August 1894) versehen worden.

Der Richter Grosjean in Versailles, der bereits wegen seines Hervortretens in der Affaire Duesnay de Beaurepaire disziplinarisch zur Verantwortung gezogen wurde, wird neuerdings vor den Disziplinarath des Kassationshofes gestellt werden, weil er als Vertrauensmann des Majors Cuignet den Schriftwechsel zwischen den Ministern Declasse und Freycinet dem „Petit Journal“ zur Veröffentlichung übergeben hat. Grosjean scheint denn auch bereits alle Brücken hinter sich abgebrochen zu haben; er will sich, wie sein Freund Beaurepaire, ganz in den Dienst der Generalstabspartei stellen. Er beabsichtigt nämlich, wie das „Echo de Paris“ mittheilt, ein zahlreiche amtliche Schriftstücke enthaltendes Buch über den Dreyfushandel zu veröffentlichen.

Übed und Nachbargebiete.

15. Mai.

— **Gaukonferenz.** Am Sonntag Nachmittag tagte hier selbst im Vereinshause eine Konferenz des 16. Gaues des Verbandes der Fabrik- etc. Arbeiter. Dieselbe war besetzt worden von den Orten Übed, Fackenburg, Schwartau, Malente und Eutin. Nach einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Gauvorstandes, Mad den, Übed, erstattete Genannter dem Vorstandsbereich, woraus zu entnehmen ist, daß trotz mannigfacher Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten der Gau doch Erfolge aufzuweisen hat. Seit Bestehen des Gaues sind die Zahlstellen Malente, Eutin und Dassow gegründet worden. Letztere hat viele Schreierereien gebracht. Die Mitgliederzahl im Gau ist erheblich gewachsen. Beschwerden über die Geschäftsleitung wurden nicht vorgebracht und dem Gauassistenten Decharge erteilt. — Beim zweiten Punkt, welcher Agitation und Organisation behandelte, entspann sich eine ebenso ausführliche, wie belehrende Debatte. Es wurde darauf hingewiesen, welche großes Feld zu bearbeiten sei, welche Schwierigkeiten vor allem in den ländlichen Bezirken erwüchsen infolge der Sucht der Agrarier, trotz der „Leutenoth“ Organisirte zu maßregeln u. s. w. Andererseits wurde aber auch betont, daß das Klassenbewußtsein gerade unter den ungelerneten Arbeitern sich rapide ausbreite und daß auch auf dem flachen Lande die Energie der Proletarier wachse, weil sie allmählich lernten. Den seitens des Gauvorstandes hinsichtlich der Agitation gegebenen Anregungen wurde allseitig zugestimmt. — Beim dritten Punkte „Anträge und Verschiedenes“, welcher auch eine anregende Debatte zeitigte, wurden folgende Anträge angenommen: 1) „Die Gaukonferenz beantragt, daß das östliche Holstein (Neustadt-Oldenburg-Fehmarn), aus Sparnisgründen dem 16. Gau zugetheilt wird.“ 2) Die nächste Gaukonferenz findet in Schwartau statt. Weiter wurde einstimmig folgende Resolution genehmigt. „Die heutige Gaukonferenz verurtheilt die Maßnahme, daß einzelne Gewerkschaften einander Konkurrenz machen, indem sie Mitglieder an sich ziehen, welche bereits organisiert sind. Sie erwartet, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes sich an diesem Treiben nicht theilnehmen, sondern danach trachten, daß alle Arbeiter überhaupt sich organisiren, sie erwartet weiter aber auch, daß alle anderen Gewerkschaften ihre Angehörigen mit gleicher Weisung versehen.“ — Endlich erstatteten noch die einzelnen Zahlstellen Bericht über die örtlichen Verhältnisse. In Eutin ist die Zahl der Mitglieder seit der im Herbst v. J. erfolgten Gründung von 18 auf ca. 65 gestiegen. Die Löhne sind um 20—25 pCt. gesteigert, die Arbeitsgelegenheit ist günstig, Maßregelungen fanden bisher nicht statt. In Malente herrscht trotz der Machinationen der Großbauern ein guter Geist. Es ist ein Aufschwung der Mitgliederzahl seit der Gründung im Dezember v. J. von 23 auf 71 zu verzeichnen. Stockelsdorf läßt viel zu wünschen übrig. Wohl sind reichlich 40 Mitglieder vorhanden, doch herrscht eine herartige Laune, daß nur alle Vierteljahr Versammlung stattfindet. Die Konferenz sprach ihr Bedauern darüber aus, daß in einem solchen Orte nicht mehr Zug in der Bewegung liegt, und hoffte, daß bald bessere Resultate sich ergeben werden. Schwartau-Kensfeld entwickelt sich normal, wengleich vielleicht noch mehr geleistet werden könnte. Während die Zahlstelle bei der Gründung 24 und am 1. Januar d. J. 87 Mitglieder aufwies, zählt sie seit dem 1. Mai deren 143. Dassow (nicht vertreten) hat manche Mühen verursacht, vor Allem infolge des tadelnswürthigen Verhaltens des früheren Vertrauensmannes Mügge. B. St. sind dort 41 zur Zahlstelle Übed gehörige Mitglieder. Die Zahlstelle Übed hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Nach dem Streik bei Carl Thiel und Söhne entwickelte sie sich langsam, aber stetig, in letzter Zeit wurde das Tempo beschleunigt. Seit 1. April fanden mehr als 170 Neuaufnahmen statt. Weitere Ausdehnung des Verbandes steht in sicherer Aussicht. Die bisher betriebene Agitation hat sich gut bewährt. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende die Konferenz, welche 4 1/2 Stunden gewährt hatte, mit einem dreifachen Hoch auf den Verband. — Die Selmsdorfer Kollegen waren leider nicht vertreten.

Arbeiterisiko. Auf der Maschinenbau-Aktiengesellschaft verunglückte am Sonnabend Abend der Mieter F. Erbe. Infolge Explosion einer Benzinlampe wurden ihm das Gesicht und beide Hände schwer verbrannt.

Gegen die **Maifeier** zieht auch in seiner Sonntagsnummer das Amtsblatt zu Felde und spricht den frommen Wunsch aus, die Arbeiter möchten mit der Zeit ein Haar darin finden, „Sie brächte nichts mehr ein.“ Als ob der Arbeiter, welcher mit Einsatz seiner Existenz für seine Ueberzeugung eintritt, auf lumpige Silberlinge rechnet! Im Uebrigen — weshalb exemplifizirt man nicht auf Übed? Hier hat man doch das klassischste Beispiel einer guten Maifeier? Warum so „allgemein gehalten“? Warum in die Ferne schweifen??

Von der **Schiffahrt.** Von heute ab werden die Schiffe der Helsingfors Angarfs Aktiebolag am Schuppen 5 oberhalb der Drehbrücke lösen und laden.

Ein **Berschollener.** Das Amtsgericht erläßt ein Aufgebot betr. den Bahnarbeiter F. J. W. Wilken, der im November 1881 nach Amerika ausgewanderte, um sich eine neue Existenz zu gründen, seit Juli 1882, wo er Kaufmannslehrling in New-York gewesen sein soll, aber nichts mehr von sich hören ließ.

Eine **vermünftige Ansicht** förderten am Sonnabend Abend die „Lüb. Anz.“ zu Tage. Sie erklärten, bei den sozialdemokratischen Abgeordneten sei

„die Nummer je nach Temperament und Begabung verschieden, der Faden derselbe.“ — Stimmt! Sie sind im Grunde selbstverständlich ein Herz und eine Seele.

Die **freivol bürgerliche Blätter** zu berichten wissen, lehrt uns das hiesige nationalliberale Organ. Ueber den Bergarbeiterstreik im Saarrevier berichten sie, daß „weissfällische Führer“ Schuld seien an der Verschärfung der Situation, während im Gegentheil die Deputirten des Verbandes vermittelnd eingegriffen haben, ohne bei den bisher unorganisirten Bergarbeitern durchzudringen. Ueber eine Umfrage des Formerverbundes bei den Hamburger Mitgliedern berichtet dasselbe Blatt als von einer beabsichtigten Wachtprobe der Sozialdemokratie. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Urabstimmung, welche bezweckt, unbesonnenen Schritten vorzubeugen und vernünftige, von allen persönlich Theilhabenden wohlwollene Beschlüsse herbeizuführen. — Na, auf eine Handvoll Lügen kommt es nationalliberalen Blättern ja nicht an!

pb. In **Hest** geriet ein von der Staatsanwaltschaft Kiel flehentlich verfolgter Arbeiter.

pb. **Gestohlen** wurde einem Büchsenmacher am Himmelfahrtstage in einem Salon ein grauer Sommerpaletot.

r. **Naturheilverein.** In der am Sonnabend Abend im Bürgerverein stattgefundenen Monatsversammlung wurde über die diesjährigen Sommerausflüge beraten. Man einigte sich dahin, daß am Sonntag nach Pfingsten ein Spaziergang mit Familie über Wesloe nach Jraelsdorf Nachmittags 1/2 Uhr ab Nordstraße stattfinden solle. Ferner ist für einen Sonntag gegen Ende Juni ein Ausflug nach Rabeberg und im August ein solcher per Schiff nach Travemünde in Aussicht genommen. Eine lebhafte Debatte lief ein Antrag hervor, welcher einen Beitrag zum Fahrpreis aus der Vereinskasse bezweckte, um damit auch größeren Familien und Winderbegüterten die Theilnahme zu ermöglichen. Man einigte sich dahin, daß aber die Höhe dieses Zuschlags erst in der nächsten Versammlung am 30. d. Mts. feher Beschluß gefaßt werden solle, wenn man über die etwaige Zahl der Theilnehmer und die Fahrpreisermäßigung unterrichtet sei.

Hamburg. Eine kleine Abschlagszahlung auf die Verpfändungen aus der Cholerazeit hat die Bürgerschaft der Bevölkerung am Mittwoch geleistet. Trotz heftigen Widerstandes der Hausagrarierstippe gelangt ein Senatsantrag mit erheblicher Majorität zur Annahme, wonach die freien Plätze bei der Zeughausstraße mit billigen, gefunden Arbeiterwohnungen zu bebauen sind, um im Voraus Ersatz zu schaffen für die aus sanitären Gründen niederzureißenden kleinen Wohnungen in dem zu sanirenden Theil der Neustadt-Südtheil.

Ikehoe. Arbeiterisiko. Am Freitag Morgen stürzte infolge eines Fehltritts der an einem Neubau beschäftigte achtzehnjährige Tischergeselle Gerhard in die Sibir und erkrankt, obwohl der Polier sich bemühte, ihn zu retten. Letzterer ist infolge der Rettungsarbeiten nicht unbedenklich erkrankt. Untersuchung, ob die nöthigen Sicherheitsvorrichtungen getroffen waren, soll eingeleitet worden sein.

Hadersleben. Vom Zuge überfahren wurde am Abend des Himmelfahrtstages zwischen Westertis und Nieder-Austrup ein Soldat des hiesigen Bataillons. Der Lokomotivführer, welcher den Soldaten sah, konnte den Zug trotz sofortigen Bremsens nicht zeitig genug zum Stehen bringen. Lokomotive und Gepädwagen gingen über den Unglücklichen hinweg, so daß der Tod sofort eintrat. Stiefel, Seitengewehr und Mütze des Soldaten lagen zwischen den Schienen. Es ist daher anzunehmen, daß der Verunglückte, in der Meinung, er sei in der Kaserne, beim Kleiderausziehen vom Zug überfahren worden ist. Die Bahnbeamten sind schuldlos an dem Unglück, da sie alles, was zu thun war, um das Unglück zu verhüten, gethan haben. Der Verunglückte heißt Wiese und stammt aus Darry bei Plön.

Hamburg. Am 8. u. 9. Ziehungstage der 7. Klasse der 815. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 10338 mit 10000 Mk.	Nr. 77456 82824 mit je 5000
Mart. Nr. 18876 21805 40348 53438 59051 106012 mit je 2000 Mk.	Nr. 2647 18791 44805 54288 65048 82292 97220
118495 mit je 2000 Mk.	Nr. 1487 2189 5462 6817 14841
14955 18210 23007 23109 26335 27978 31884 37305 38887	56895 58799 59385 59707 62820 64979 65538 66618 67608
75728 77140 88891 88522 88908 91652 97662 98802 99637	100324 105255 105457 106770 107572 109820 109824 111604
112045 112673 115548 mit je 1000 Mark.	
Nr. 8994 41815 mit je 10000 Mk.	Nr. 21464 80248 84064
89794 56108 102541 mit je 5000 Mk.	Nr. 203 5626 5989 10789
12892 43626 44834 75220 76183 mit je 3000 Mk.	Nr. 131
6372 12892 14921 20225 37152 39368 45995 50675 52010	56641 97123 100201 102069 105119 mit je 2000 Mk.
Nr. 7072	10131 10937 14078 18468 19567 19710 19848 31474 38164
41789 44943 45787 47693 47874 47935 51118 52895 53778	54074 55204 56805 57157 80477 81278 81855 88242 89818
70793 71174 72487 78019 78541 80739 80761 83537 89018	90155 91418 93941 99918 99941 99918 104552 107929 108808
mit je 1000 Mk. (Ohne Gewähr)	

Streichung-Biehmarkt.

Hamburg, 18. Mai.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig. Zugeführt wurden 1870 Stück. Preise: Verlandsschweine, schwere 46 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 45—47 Mk. pr. 100 Pfd.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 12. Mai.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 95—103
II. Qualität	92—94
Ferner:	
Abfallende und ältere Waare	85—90
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	80—84
Galtische und ähnliche	78—82
Finnländische Sommer-	84—88
Amerikanische Waare	78—84
Lebensmittel.	

Dritter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

4. Frankfurt a. M., 9. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

(Nachmittags-Sitzung. Schluß.)

Nunmehr wird die folgende Resolution zur Verathung gestellt:

Der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht der Gewerkschaften, ihren Beamten und Redakteuren ein, deren wichtiger und aufreibender Thätigkeit entsprechendes ausständiges und ausreichendes Gehalt zu zahlen, und zwar um so mehr, als die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten weder nach Zeit noch Umfang abzugrenzen ist. Der Kongress enthält sich zwar bestimmter Vorschläge, in welcher Höhe oder progressiver Steigerung die Gehaltssteigerung sich zu bewegen hat, ist aber der Ueberzeugung, daß die heute den Gewerkschafts-Beamten gezahlten Gehälter zu niedrig bemessen sind. Als vornehmste Pflicht ist aber den Gewerkschaften aufzugeben, ihre nach langen Jahren im direkten Dienste der Organisationen aufgearbeiteten oder invalid gewordenen Arbeiter vor der äußersten Noth zu schützen, und zwar dergestalt, daß jenen Beamten eine entsprechende Pension gezahlt wird. Der Kongress verheißt sich die Schwierigkeiten nicht, welche in dieser Frage einer allseitig befriedigenden Lösung entgegenstehen, aber ihre Tringlichkeit bleibt bestehen. Im Prinzip gelten die vorkommenden grundsätzlichen Forderungen auch für die noch in ihrem Dienste thätigen Gewerkschaftsbeamten. Um die bezüglich ihrer Arbeitsleistung und Bezahlung ganz besonders traurige Lage dieser Beamten zu verbessern, wird die Generalkommission beauftragt, eventuell durch materielle Beiträge zu den kleineren Organisationen zu ermöglichen, sich tüchtige Kräfte zu erhalten oder solche gewinnen zu können. Der Kongress erachtet eine ständige Kommission, welche sich der Förderung dieser Angelegenheit zu widmen und event. den einzelnen Gewerkschaften mit Rath und That zur Seite zu stehen hat.

Max Häner Leipzig als Berichterstatter: Die Stellung der Gewerkschaftsbeamten in Bezug auf ihre Bezahlung und Sicherstellung für die Zukunft bedarf unter allen Umständen allgemein kritischer Beachtung der Gewerkschaftsorganisationen. Die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaftsbeamten verbessern, heißt gleichzeitig eine innere Erhaltung der Organisationen herbeiführen. Es ist leider heutzutage die Auffassung anzutreffen, als ob die Thätigkeit des Gewerkschaftsbeamten wie die berufliche zu bewerten und danach zu bezahlen wäre. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß ein Beamter oder Redakteur in allen Sätteln des gewerkschaftlichen Lebens sitzen muß, alle Erscheinungen des ökonomischen, gewerblichen und sozialen Lebens verfolgen und zu verarbeiten und dabei davon überzeugt sein muß, daß 95 Prozent der Mitglieder glauben, es besser machen zu können als der Beamte. In Wirklichkeit sind ihm eine Reihe von Pflichten und eine Verantwortung aufgetragen, von denen die Mitglieder im Allgemeinen nicht unterrichtet sind oder unterrichtet werden können. Es ist doch Thatsache, daß neben der allgemeinen Arbeitsleistung dem Beamten Beobachtungen, Studien u. dgl. obliegen, die öffentlich nicht kontrollierbar, aber einen großen Theil von Arbeit neben der eigentlichen, kontraktlich übernommenen zur Voraussetzung haben. Liegen aber die für die Stellung der Gewerkschaftsbeamten maßgebenden Verhältnisse schon in den großen Organisationen oftmals schlimm genug, so bilden die Verhältnisse, unter denen die Beamten in den kleineren Organisationen zu arbeiten haben, geradezu ein Kapitel aus der Hausindustrie. Hier ist im Interesse beider Theile auf die Schaffung geordneter Zustände zu dringen, hier müssen ständige Beamten angestellt und zunächst auf dieser Basis

eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen versucht werden. Eventuell hat die Generalkommission mit materieller Hilfeleistung einzugreifen. Unter allen Umständen müsse aber für eine Sicherstellung der Beamten Vorsorge getroffen werden, wenn sie im Dienst der Organisation sich aufgearbeitet haben und alt und schwach geworden sind, wie ja bereits einzelne Städte damit vorgehen, ihren Arbeitern Pensionsberechtigung zu verschaffen. Für die Gewerkschaften besteht diese Verpflichtung in weit höherem Maße, denn das, was sie für die Allgemeinheit der Arbeiter verlangen, müssen sie zunächst ihren eigenen Arbeitern zu Theil werden lassen. (Beifall.)

Dejüng Frankfurt meint, die Resolution Krehäuser gehe in ihrem letzten Theile zu weit. Im Allgemeinen sei er aber mit dem Referate einverstanden. Nur die Einsetzung einer ständigen Kommission sei überflüssig. Die beiden letzten Sätze der Resolution möge man streichen, die übrigen einstimmig annehmen. Jetzt bezahlten nur die Buchdrucker, Maurer und Metallarbeiter ihre Beamten ausreichend.

Wächter Berlin beantwortet die Unterstützung der in der Organisation alt und schwach gewordenen Beamten.

Schüler Düsseldorf bestreitet, daß die Verhältnisse der Beamten nur bei den kleineren Organisationen so schlecht seien und wendet sich unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung gegen die Nacharbeiter, die als Beamte unterkommen und gute Gehälter beziehen wollen.

Kappler Altona verurtheilt die großen Organisationen gegen die Vorwürfe des Vorredners.

Legen wendet sich gegen die Bestimmung der Resolution, daß die Generalkommission bei schwachen Organisationen unterstützend eingreifen solle. Auch eine ständige Kommission für die Regelung der Gehaltsfrage sei wohl nicht notwendig. Im übrigen entspreche die Resolution nur gerechten Ansprüchen.

Die beiden letzten Sätze der Resolution werden vom Antragsteller Krehäuser zurückgezogen.

Boeckh Berlin beantragt, daß die Generalkommission auch vor dem nächsten Gewerkschaftskongress Erhebungen über die Höhe der Beamtengehälter veranstaltet und dem Kongress von dem Ergebnis Mittheilung macht.

Leitinger Hamburg: Es empfehle sich, einen Verband der Beamten mit einer Versicherungskasse zu gründen.

Geoll Wiesbaden erklärt, daß ihm die Worte Krehäusers aus der Seele gesprochen waren.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach einem kurzen Schlusswort Krehäusers wird die Resolution Krehäuser, der Antrag Boeckh und ein Antrag Leitinger auf Schaffung einer Beamtenversicherungskasse angenommen. Alle drei Anträge werden einer Redaktionskommission überwiesen, die die Anträge in eine Resolution zusammenfassen soll.

v. Elm und etwa 100 Delegirte stellen den Antrag: In Anbetracht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit gleichviel in welchem Lande und Gewerbe für die materielle und geistige Hebung des Arbeiterstandes von der allergrößten Bedeutung ist, beschließt der Kongress der Gewerkschaften Deutschlands seiner Sympathie für die um Verkürzung ihrer Arbeitszeit kämpfenden Brüder Textilarbeiter praktischen Ausdruck zu geben, indem er den Gewerkschaften empfiehlt, sofort einen Betrag von 5 Pfg. pro Kopf ihrer Mitglieder aus ihrer Kasse für die Streikenden zu bewilligen und den kämpfenden Brüdern in Oesterreich durch die Generalkommission zu überweisen.

v. Elm begründet den Antrag: Die Noth der streikenden Textilarbeiter in Brünn ist groß. Es streiken 12 000 Arbeiter mit etwa 50 000 Angehörigen. Schnelle Hilfe thut noth. In Oesterreich hat sich Jemand erboten, der zu den deutschen Gewerkschaften solches Vertrauen hat, daß er sich bereit erklärt hat, auf unseren Beschluß hin das Geld sofort

in Brünn auszugeben. Die Arbeitgeber-Organisationen anderer Berufe wollen ihre Arbeiter hindern, Unterstützungen zu zahlen, indem sie in ihren Fabriken nur halbe Schicht arbeiten lassen wollen. Schnelle Hilfe thut also doppelt noth. Wenn wir hier den Antrag annehmen, so erhalten die Brüner Arbeiter morgen 25 000 Mk. Das ist keine geringe Summe, besonders deshalb, weil das Geld den Streikenden nicht baar ausgezahlt wird, sondern Lebensmittel dafür gekauft werden. Wichtig ist, daß es sich in der Mehrzahl um nichtorganisirte Arbeiter handelt. Aber es wäre falsch, das Dogma aufzustellen: nichtorganisirte Arbeiter dürfen nicht unterstützt werden. Ja, es giebt Fälle, wo es nöthig ist, Nichtorganisirte geradezu in einen Streik zu heben, damit sie sich erst einmal von dem Unterordnungsgefühl frei machen. (Sehr richtig!) Wir haben es beim Hafnarbeiterstreik gesehen, daß solche Arbeiter auch für die Organisation zu gewinnen sind. 95 pCt. der Streikenden sind Oechen. Sie wissen, wie schwer bei ihnen die Organisation ist. Bekommen die Leute das Geld von uns, so wird das mehr wirken, wie alle Agitationen. Wir können es den Oesterreichern schiden, denn sie haben an uns auch schon praktische Solidarität geliebt. Beim Streik handelt es sich um Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine internationale Frage. Die internationale Solidarität rechtfertigt sich hier doppelt. Ich bitte Sie, meinen Antrag einstimmig anzunehmen.

Der Kongress tritt dem Antrag v. Elm ohne Diskussion mit allen gegen 2 Stimmen bei. (Lebhaftes Bravo.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Der Kongress beginnt um 8 Uhr mit Verlesung der Präsenzliste.

Legen referirt über den dritten Punkt der Tagesordnung: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.“ Man ist jetzt daran, die kümmerliche Vereinigungsfreiheit der Arbeiter noch zu beschränken. Graf Potadovsky hat im Reichstag gesagt, bei uns, in dem Lande des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts, ist das Koalitionsrecht entbehrlich. Die Aeußerung zeigt nicht von tiefem ökonomischen Verständniß. Ja, wenn die Arbeiter bei uns noch etwas auf dem Wege der Gesetzgebung erreichen könnten; aber ich erinnere nur daran, daß der Bundesrathstisch im Reichstag völlig leer war, als der Antrag auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages verhandelt wurde. Die Arbeiter brauchen das Koalitionsrecht, denn der Arbeitsvertrag ist heute nicht mehr ein rein individueller. Die Gesetzgebung erkennt das auch an, da sie im § 53 der Gewerbeordnung theoretisch das Koalitionsrecht anerkennt. Ausländer, die den Wortlaut des § 153 vernommen haben, werden glauben, wir hätten ein höchst entwickeltes Koalitionsrecht. Sie hätten Recht, wenn bei uns Wortlaut und Handhabung der Gesetzgebung dasselbe wären. Dazu kommt, daß schon der nächste Paragraph der Gewerbeordnung den vorhergehenden theilweise aufhebt. Dieser Paragraph bestraft diejenigen schwer, die durch irgend welchen Zwang Arbeitswillige an der Aufnahme der Arbeit zu hindern versuchen. Das ist ein direkter Ausnahmestand, denn solche Vergehen sind durch das allgemeine Strafgesetzbuch zu treffen. Schon im Jahre 1890 wollte man sogar eine Verschärfung dieses Paragraphen durchsetzen. Gewohnheitsmäßige Beschimpfung von Streikbrechern sollte damals mit mindestens einem Jahre Gefängniß bestraft werden. Dr. Löwenfeld in München schrieb in einer Kritik dieser Vorlage, diese Strafe ist ja höher, als wenn Jemand sich den Kaiser oder einen Bundesfürsten mehrmals zu beleidigen erlaubte. (Sehr gut!) Wenn so Etwas versucht wird, dann sieht man, von welchen Strömungen unsere Gesetzgebung beherrscht wird. Wir haben nur ein Koalitionsrecht von Polizei-

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(19. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

So war es auch diesmal geschehen und am Nachmittag war Simeon, der neue Richter, zum Farrer gekommen, um auch mit ihm das Holzdeputat der Gemeinde zu vereinbaren. Das war rasch geschehen, aber andere und traurige Dinge beschäftigten die Männer noch lange. Vater Leo vermochte nur zögernd zu widersprechen, wenn der Richter klagte, daß der unselbige Acker nicht bloß dem Dimitri Sotkowicz das Leben gekostet, sondern auch einem anderen und theueren Menschen; auch er hielt Taras für verunglückt. So saßen die beiden Männer bis zur tiefen Dämmerung in trübem Gespräch zusammen, und zuweilen klang aus der Nebenstube lautes Weinen zu ihnen herüber; dort versuchte die Frau Popadja vergeblich, die arme Anusia zu trösten. Da vernahmen sie plötzlich ein Pochen an der Thür und fast gleichzeitig den von Thränen erstickten Jubelruf des Weibes: „Taras!“

Nach sprangen sie empor und eilten in den Flur. Es war räthselhaft, wie Anusia ihren Gatten erkannt, ohne ihn zu sehen, ohne seinen Stimme, seinen Tritt zu hören, aber er war es wirklich. „Wist Du wohl?“ rief er. „Die Kinder habe ich schon geküßt.“

Schweigend blieben die Andern beiseite, während sich die beiden Gatten schluchzend umfaßt hielten. Dann erst kamen sie hinzu und begrüßten ihn in freudiger Mißbrung. Die Frau Popadja hatte inzwischen rasch die Kerzen in der Wohnstube angezündet. Aber als Taras nun in den Lichtkreis trat, da schrie Anusia gellend auf, und auch die Fremde erschrafen. Der Mann sah übel aus, gealtert und verdüstert. Der stattliche Leib war abgemagert, in das blonde Haar mischten sich lichtere Strähne, die Furchen zwischen den Brauen hatte sich tief eingegraben, und die Augen blickten

fast glanzlos aus dem jahlen Antlitz. „Bruder!“ rief Simeon, „Du bringst nichts Gutes heim!“

„Nichts Gutes!“ bestätigte Taras. Dann versuchte er, zu lächeln, aber es gelang ihm nicht, und als er in Aller Klagen den feuchtesten Schimmer sah, ließ er auch seine Thränen fließen.

„Du Aermster!“ schluchzte Anusia und bedeckte sein Haupt mit Händen und Thränen. „Graue Haare! . . . Graue Haare!“

Diese Worte gaben dem Erschütterten die Fassung wieder. Nun gelang es ihm wirklich, zu lächeln. Sanft zog er das Weib auf den Sitz neben sich nieder und lehnte ihr Haupt an seine Brust. „Da seht Ihr“, scherzte er, „wie die Weiber sind! Der bricht fast das Herz, weil ihr Mann nicht mehr so schön blond ist! . . . Nun aber erzählt, wie steht es im Dorfe?“

„Erzähle Du!“ riefen sie. „Wir haben uns so sehr um Dich geängstigt! Wo bist Du nur so lange geblieben?“ „Es mußte ja sein!“ erwiderte er. „Wien ist weit, auch hatte ich lange zu harren, bis ich ihn zu sehen bekam.“

„Den Herrn Kaiser! Hast Du mit ihm gesprochen?“ „Ja — das heißt, was man dort so sprechen nennt“, erwiderte er mit seltsamen Lächeln. „Auch wollte ich nicht ohne Bescheid wiederkommen.“

„Und hast Du den Bescheid?“ „Nein — aber es ist so gut, als ob ich ihn schon hätte. . . . Davon später! Wie geht es Euch? Was macht unser Herr Wohlthäter?“

„Er läßt sich selten blicken!“ erwiderte Simeon. „An Deiner eigenen Wirkthätigkeit“, fügte er hastig hinzu, „wirft Du viele Freude haben. Es ist Alles in Ordnung, das Vieh sieht prächtig aus, und die Ernte war so reich wie selten. Die Speicher sind gefüllt und außerdem bewahre ich für Dich achtzig Gulden für Korn und dreißig für Hafer. Aber erzähle, hat Dir der Herr Kaiser Hoffnungen gemacht!“

„D ja!“ lachte er bitter auf. „So viel Hoffnung, als ich nur wollte! . . . Verzeih, Fran“, wendete er sich dann zur Popadja, „aber mich hungert ganz entsetzlich. Ich habe in der Hast, heimzukommen, heute nirgendwo angehalten.“

Die gute Frau entschuldigte sich verlegen ob der Versäumniß und trug einen riesigen Schinken auf. Dann ließ sie folgen, was sich in ihrer Vorrathskammer an guten Sachen finden wollte. Aber die Gäste erwiesen dem Essen geringe Ehre; auch Taras verschlang nur hastig einige Bissen, trank ein Glas Moldauer und schob dann den Teller, den ihm die Popadja vollgehäuft, dankend zurück.

„So ist doch, Richter!“ drängte sie. „Taras!“ verbesserte sie sich verlegen. „Nein!“ lachte sie dann, „ich will Dich doch „Richter“ nennen, wie ich's gewohnt bin. Du wirst es ja ohnehin bald wieder.“

„Nein!“ versicherte er. „Ich will nicht und ich kann nicht.“

„Du mußt!“ rief Simeon eifrig. „Nur als Dein Stellvertreter habe ich das Amt übernommen. Und einen Richter, wie Du bist, hat das Dorf nicht an mir, noch bekommt es ihn niemals wieder.“

„Ich kann nicht“, wiederholte Taras feierlich und hob die Hand empor. „So wahr mir Gott gnädig sei!“

Sie blickten ihn erstaunt an; der feierliche Ton befremdete sie. Nur Anusia rief erfreut: „Du hast Recht, Mann. Wir wollen still für uns leben und glücklich sein. Auch mußt Du Dich diesen Winter erholen und fleißig auf die Jagd gehen. Das wird Dir Freude machen und Deinen Körper stärken.“

„Ja“, versprach er, „das werde ich thun“. Und wieder setzte er langsam und feierlich hinzu: „Es wird ja nothwendig sein, unbedingt nothwendig.“

„Wie das?“ fragte der Pape. „Du hast ja im letzten Winter so tüchtig unter den Bären aufgeräumt, daß sie uns nicht viel mehr belästigen dürften!“

Taras wollte erwidern, dann aber presste er rasch die

gnaden. In Hamburg hat vor einigen Jahren die Volk-...
die Vorstandsstimmung des Drechslerverbandes in meiner
Wohnung überwacht. Und ähnliche Fälle sind unzählige
Male vorgekommen. Gewiß sind solche Vorkommnisse oft
von Gerichten für unzulässig erklärt worden, aber ändert das
Etwas? Was nützt die nachträgliche, spätere Desavouierung
der Polizei? Das Koalitionsrecht ist zunächst zum Tode,
der Schanden kann nicht mehr repariert werden, der 3. A.
durch ungerechtfertigte Auflösung von Versammlungen entsteht.
In Sachsen ist einmal eine Versammlung aufgelöst worden,
wie Singer, glaube ich, im Reichstag mitteilte. Es ist doch
bei Streikversammlungen nicht zu vermeiden, daß auch einmal
ein Hund in die Versammlung kommt. (Heiterkeit.) Die
Polizei geht dabei nur gegen Arbeiterorganisationen vor, nicht
gegen Unternehmer-Organisationen. Der Zentralverband
deutscher Industrieller übertritt täglich den § 8 des preussischen
Vereinsgesetzes, genau so liegt es bei dem Bunde der In-
dustriellen in Berlin. Diese Herren treiben in ihren Ver-
sammlungen Politik unter den Augen des Berliner Polizeipräsidenten,
dieselben Polizeipräsidenten, der viele Arbeiter-
organisationen auf Grund desselben § 8 aufgelöst hat. Ich
thue diese Aeußerung ausdrücklich, damit sie der überwachende
Beamte der Berliner Polizei mittheilt. Ich hoffe aber nicht,
daß künftig die Unternehmer ebenso behandelt werden, wie
die Arbeiter. Der Reichskanzler hat ja auch sein Versprechen,
die Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes durchzuführen,
noch nicht erfüllt. Er wird es auch erst erfüllen, wenn ein-
mal die Unternehmer von der Polizei dem Staatsanwalt
überliefert würden. In demselben Augenblick würde der § 8
verschwinden. (Sehr richtig.) In England und Amerika
bestehen die Arbeiter ein wirkliches Koalitionsrecht. In
Frankreich besteht ein stärkeres Vereinsgesetz, aber nur auf
dem Papier. In Frankreich wird allen Arbeiterorganisationen
laut Erlass des Ministers von 1885 oder 1886 durch die Be-
hörden der größte Vorbehalt gesetzt. In unseren Regierungs-
kreisen besteht über die Gewerkschaften eine ganz irrtüm-
liche Meinung. Graf von Posadowsky hat einmal den weisheits-
vollen Satz ausgesprochen, die englischen und deutschen Ge-
werkvereine seien nichts als Streikvereine. Er kennt die Ge-
werkvereine nicht. Wir haben die Regierung nicht ein-
geladen zum Kongress, weil wir ihr die geringe Zeit, die
sie für uns hat, nicht noch dadurch schmälern wollten, daß sie
einen Absagebrief schreiben müßte. Aber die Regierung hätte
immerhin Gelegenheit gehabt, hierher zu kommen. Wenn sie
sich die zukünftigen Zuchthäuser hätte ansehen
wollen, sie hätte sie hier sehr gut beobachten können. (Sehr
richtig.) Ich sollte aber meinen, die Regierung müßte auch
sonst Mittel und Wege finden, sich über die Ziele und Zwecke
der Gewerkschaften zu informieren. Die englischen Trades-
unions haben für Unterhaltungszwecke 89 Millionen, für
Streiks nur 28 Millionen ausgegeben. Die deutschen Gewerk-
vereine für humanitäre Zwecke 6,6 Millionen, für Streiks nur
3,4 Millionen. Wie kommt Graf Posadowsky dazu, an ver-
antwortungsvollster Stelle zu sagen, die Gewerkschaften seien
nichts als Streikvereine. Die Hebung der wirtschaftlichen
Lage der Arbeiter liegt im Interesse der Gesamtheit.
Trotzdem droht das bekannte Zuchthausgesetz. Wird
die Anreizung zum Streik bekräftigt, dann ist die Aufhebung
des Koalitionsrechts besiegelt, dann hebt auch der Schein des
Koalitionsrechts auf. Die Anreizung zum Streik ist bei
einem Streik nicht zu vermeiden. Das Gesetz ist noch
nicht da. Es scheint ja, als ob das rechtzeitige Ein-
greifen der Arbeiter der Regierung sehr große
Schwierigkeiten bereiten würde. Der Kaiser hat in
Demyshausen am 6. September gesagt, der Gesetzentwurf nahe
seiner Vollendung. Heute haben wir den 10. Mai und
von der Vorlage ist nur manchmal etwas zu hören, nichts zu
sehen. Bald heißt es, der Entwurf liegt im Bundesrath,
bald wieder, er kommt an den Reichstag. Gesehen hat noch
keiner etwas davon. (Heiterkeit.) Es mag Leute geben, die
für Bezahlung denken und schreiben, aber ich kann mir nicht
denken, daß Jemand gegen Bezahlung einen solchen Geset-
zentwurf ausarbeitet, freilich ebenso wenig, daß Jemand aus
Ueberzeugung ein solches Gesetz einbringt. Soll freilich das
Gesetz gleichmäßig gegen Arbeiter und Unternehmer ange-
wandt werden, dann her mit dem Zuchthaus-
gesetz, dann sind wir unsere Fabrikanten
bald alle los. (Sehr richtig.) Durch gesetzliche Maß-
regeln wird sich der Drang der Arbeiter nach Organisa-
tion nicht eindämmen lassen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung
aller Länder beweist es, nicht bloß die ausländische, sondern
auch die deutsche, wie die mittelalterliche Gesellenbewegung

beweist und Schönant in seinem Buche über Gesellenkämpfe
in Nürnberg nachweist. Wir wünschen keinen Kladderadatsch,
wir wünschen ruhige Entwicklung. Selbst wenn die Orga-
nisationen sozialdemokratisch wären, was sie nicht sind, hätte
die Regierung kein Recht, uns unter ein Ausnahmerecht zu
stellen. Wir halten die Arbeiterbewegung für einen überaus
staatsverträglichen Faktor, das Treiben gewisser Unternehmer
für unzulässig. Wir Gewerkschaftler sind für ruhige Ent-
wicklung, wir halten die Herbeiführung einer besseren Ge-
sellschaftsordnung nur für möglich, wenn die Arbeiter gut
genährt, geistig gut entwickelt sind. Verhindert man uns
fortgesetzt an der Erreichung besserer Lohnbedingungen, so ist
es möglich, daß das Proletariat verkommt, nicht aber ist es
möglich, den revolutionären Drang der Arbeiterklasse zu be-
seitigen. Kommt die Zuchthausvorlage, so werden wir uns
andere einrichten müssen, aber ungefährlicher werden wir
nicht werden. Wären unsere herrschenden Gewalten klug,
sie ließen ab von dem Kesseltreiben gegen die Arbeiter. Ich
spreche gewiß in Ihrem Einverständnis, wenn ich sage:
Wir bleiben die Alten. Wir formiren die Organisationen,
wie wir es wünschen. Wir werden den Kampf fort-
führen und werden sehen, wer Sieger bleibt. (Lebhafter
Beifall.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Maurer
und Zimmerer in Straßburg richteten an die Meister
eine Forderung wegen Erhöhung des Lohnes, doch wurde
dieselbe abschlägig beschieden. Sie hielten daher am 6. d.
Mts. eine Versammlung ab, und beschloßen, den allgemeinen
Streik für Straßburg zu proklamieren. Am 8. Mai trat
derselbe in's Leben. Die Maurermeister hielten darauf eine
Versammlung ab, um wegen der erhöhten Lohnforderung zu
berathen, doch ist bis jetzt noch keine Einigung erfolgt.
Der Erfurter Töpferstreik wurde durch Anstellung
eines Tarifs beendet, der den Gesellen eine Lohn-
erhöhung von 5-10 Prozent brachte. — Zur Stein-
arbeiterbewegung. Die Differenzen bei der
Firma Schilling in Alt-Warthau, welche in Folge der
Maifeier entstanden, und welche zur Arbeitslosigkeit führten,
sind durch Unterhandlung zu Gunsten der Kollegen er-
ledigt. — Am Streik der Maler in Halle a. S.
sind 247 Gehilfen betheilig. 108 Gehilfen arbeiten zu den
neuen Bedingungen. — Der Streik der Vergarbeiter
im Saarrevier dehnte sich auf die Grube Marlingen.
Spittel aus, wo die Arbeiter Freitag die Arbeit niederlegten.
Auch auf dem Eisen- und Stahlwerk Wendel in Hayingen
und Groß-Moyenvre stößt die Arbeit wegen Kohlenmangel.
5000 Arbeiter sind gezwungen zu ftern. Im Ganzen sind
durch den Streik 9000 Arbeiter arbeitslos geworden. In
Kösel dauert der Streik fort. — 24 Arbeiter, die Ver-
standsmitglieder der Winterthurer Loko-
motivfabrik wurden gemahregelt, weil am 1.
Mai 800 Arbeiter, wovon die meisten Mitglieder der Ge-
werkschaft, auch am Vormittag gegen den Willen der Direk-
tion feierten. Eine große Versammlung der Arbeiter be-
schloß, in Rücksicht auf die mangelnde gewerkschaftliche
Schulung der Mitglieder der jungen Gewerkschaft vom
Streik abzusehen, dagegen die Gemahregelungen zu
unterstützen.

**Die Sammlung für das Denkmal, welches den
Mafakter Staudrechtsopfern errichtet werden
soll, hat ein so glänzendes Ergebnis gehabt, daß die Aus-
führung gesichert ist. Im Ganzen sind bis jetzt 2895 Mark
eingebracht.**

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Aus Geiz Hungers gestorben ist in
Kruswalde die unberechnete fünfzigjährige Bertha Lutz.
Sie lebte anscheinend in dürftigen Verhältnissen, und ihre
hauptsächliche Nahrung bestand in Pellkartoffeln und
Häringsslake, obgleich sie acht Biegen im Stalle hatte. Wie
eine Bettlerin ging sie gekleidet, und in ihrer Stube, die sie
mit ihren Hähnern und Ferkeln theilte, starb es von
Schmutz. Nach ihrem Tode wurden in Kisten und Beuteln
versteckt etwa 10 000 Mk. bares Geld vorgefunden, das
sich lange nutzlos dort gelegen haben muß, denn es waren
Thalerstücke aus den 40er Jahren darunter, die noch ganz
neu ausliefen. Außerdem kamen noch große Ballen Lein-
wand, Kleiderstoffe und Wolle zum Vorschein. Der Ge-

samtverth des Nachlasses wird auf 18 000 Mk. geschätzt,
der nun entfernten Verwandten zufällt. Kadende Erben!
— Bei der Legung von Wasserrohren am Nikolai-Str.
graben in Breslau sind Freitag Morgen drei Ar-
beiter durch Niederstürzen des Erdreichs verdrückt
worden. Ein Arbeiter wurde gerettet, einer ist todt und der
dritte tödtlich verletzt. — Der aus der Irrenanstalt in
Donaubrunn entprungene geisteskrante Mörder Brodmann
ist bei Damm wieder ergriffen. — Wegen Verbrechens wider
die Sittlichkeit wurde vom Landgericht München II der
64 Jahre alte Metzner Maspar Plöberl von Aichbach zu
fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust ver-
urtheilt. Zwei Komplizen, die Dienstmädchen Schweiger und
Waldberr, wurden zu acht bzw. vier Monaten Gefängnis
verurtheilt. Plöberl hatte in der Kirche und Sakristei zu
Aichbach bei Tölg an Mädchen von 7 bis 13 Jahren in
80 Fällen unzüchtige Handlungen vorgenommen. — In der
Fleischbader Infanteriekaserne brach Donnerstag Abend
Feuer aus, welches den Mittelbau vollständig einäscherte.
Bei einer Schlägerei zwischen einem Soldaten und einem
angetrunkenen Zivilisten in Prag in der Nacht auf Freitag
wurde der letztere durch einen Hieb gegen den Hinterkopf
so schwer verletzt, daß er alsbald an Verblutung starb. Der
Soldat entfloh. Der der Mithuld am Morde bei
Pölla verdächtige, beim Kreisgericht Mittenberg in Unter-
hauungshaft befindliche Mithuldenehrliche Randa ist auf freien
Fuß gesetzt und der Landes Irrenanstalt übergeben worden.
— In Klammern steht seit Donnerstag Mittag der bei Czernowit
gelegene Marktort Hura Humora. Hier
sind zweihundert Gebäude, darunter die Kirche, das Amts-
gebäude und die Schulen, übergebrannt. In Folge des
Sturmes hat das Feuer auch den benachbarten Wald er-
griffen. — In einem Anfall von Geistesstörung überfiel in
Odesa ein Angestellter des Zollamtes seine fünf Kinder,
während sie schliefen, und brachte ihnen mit einem Hammer
so schwere Verwundungen bei, daß zwei Kinder sofort todt
waren und die drei anderen alsbald im Krankenhaus, wohin
sie gebracht worden waren, verstarben. Die schwer ver-
wundete Frau ist noch am Leben. Es wird gemeldet, daß
bei den Judenverfolgungen in Nikolajewsk bei Odesa
mehrere hundert Personen verwundet und 12 Soldaten ge-
tödtet worden sind. — Die Nachricht, der deutsche Gelehrte
Veld sei bei Wan von Mäubern überfallen worden, wird in
Konstantinopel für falsch erklärt. — Aus unbekannter
Ursache ermordete in einem Dorfe bei Helsingfors ein
Arbeiter sechs Menschen, unter ihnen zwei kleine Kinder.
Der Mörder ist entflohen.

Patriarchat. Kürzlich verstarb zu Grününde bei
Wehan der Besitzer Karl Meermann im 74. Lebensjahre
und hinterließ zwei Söhne. Drei Tage darauf verstarb auch
sein alter treuer Knecht, der Viehhirt „Fried“ im
79. Lebensjahre. Beide haben 51 Jahre auf dem Grund-
stück gewirtschaftet, und zwar hat Fried, ohne einen Lohn
zu beanspruchen, nur für Befügung und Bekleidung gebietet.
Von der empfangenen Altersrente hat der alte Mann
83 Thaler, — das neue Geld konnte er nicht — zu seinem
Vergnügen gespart. Zwei Söhne, die der verstorbene M.
für sich und seinen „Fried“ schon vor 18 Jahren aus festem
Eichenholz hatte auffertigen lassen, standen bis zum Ableben
der beiden Alten in einem Zimmer des Wohnhauses bereit.

Eine Heringsmahlzeit, die einen Miesedurst erzeugt
haben muß, ist dieser Tage in Jütland veranstaltet worden.
Als neulich in Wegtrup Wig ein ungewöhnlich großer
Heringsfang gemacht wurde, luden die Fischer ihre geehrten
Mitbürger zu einem „kleinen Heringsmahl“ ein. Die
Eingeladenen erschienen und der Speisetisch, welcher auf die
Müchseite der Zeichnung eines gewaltigen Heringskopfes ge-
druckt war, sah so aus:

- | | |
|---|---------------------------------|
| Warme gekochte Heringe mit Zwiebeln und
Lorbeerzweigen | } Roth-
wein. |
| Warme gebratene Heringe mit Citrone | |
| Geröstete Fleckerlinge mit grünen Erbsen | } Aquavit
und
Branntwein. |
| Eingelochte Heringe in Gelee | |
| Marinirte Heringe | |
| Geräucherte Heringe | |
| Grätenfreie Heringe | |
| Gesalzene Heringe | } Brauntwein. |
| Heringsalat mit Cakes und
grünem Käse | |

Bei der Tafel herrschte, wie man sich wohl denken kann,
die allergnützlichste Stimmung, und bevor man sich in der
Morgenstunde trennte, genossen die Teilnehmer noch einen
kleinen lederen Frühstückshering.

Lippen zusammen, als müßte er das unbedachte Wort, das
ihm hatte entfließen wollen, gewaltsam zurückhalten. Und
da auch die Anderen schwiegen, so war eine Weile eine un-
behagliche Stille in der Stube.

„Nun aber erzähle!“ begann die Popadja und setzte
sich bequem zurecht. „Ich bin schon gar zu neugierig auf
Deine Abenteuer. Wie sieht der Kaiser aus? Und ist sein
Haus wirklich von Gold?“

„Ich fürchte, Frau,“ erwiderte er lächelnd, „Du wirst
sehr enttäuscht sein. Sein Haus ist von Stein und er ein
armer, gebrechlicher Mensch. Auch habe ich wenig Abenteuer
erlebt; ich bin sogar keiner einzigen Rauberin begegnet. Umssa.
Das mag allerdings vielleicht nur meine Schuld sein, weil
ich mir wenig Zeit ließ. Mich trieb das Herz stürmisch
vortwärts; am liebsten wäre ich mit der Post gefahren;
aber das ging der Kosten wegen nicht. So miethete ich
mich denn bei dem und jenem Judenthürer ein, zuweilen
nahm mich auch ein Bauer mit, und wenn es in einem
Nachen keine Fuhre gab, so zauberte ich nicht lange und
ging zu Fuß weiter. Mit vielen Menschen traf ich da
zusammen, sie klagten mir ihr Leid vor und ich ihnen das
meine. Es ist eigentlich merkwürdig: so schön die Erde
ist, ich bin keinem glücklichen Menschen begegnet. Alle
tragen sie ihre Last auf dem Rücken, und jedes Menschen
Last ist groß; das erkennt man auf der Reise, wo sich dem
Fremden das Herz offenbart, wie einem Bruder. Die
Meisten meinten, ich hätte das rechte Mittel erwählt; nur
Einer schüttelte den Kopf und rief mir, heimzukehren: ein
jüdischer Weinhändler aus Czernowit, der mich auf seinem
Wägelchen bis Lemberg mitnahm. Er war ein freundlicher
Mann, der kein Entgelt dafür annehmen wollte, auch meine
Geschichte hörte er theilnahmlos an, dann aber warnte

er: „Es wird vergeblich sein. Ja, wenn der gute, große
Kaiser Joseph noch lebte!“ Ich ließ es mir nicht ausreden.
„Ich will ja keine Gutthat,“ erwiderte ich, „Wenn ich um
eine Gnade bäte, dann käme es darauf an, ob der Herr
Kaiser als Mensch gut oder böse, weise oder thöricht ist.
Ich aber fordere nur, daß er seine Pflicht thue, und die
muß jeder Mensch erfüllen!“ Da widersprach er nicht
länger. So kamen wir nach Lemberg.“

„Und da triffst Du endlich einen glücklichen Menschen“,
unterbrach ihn der Pope lächelnd. „Ich meine den
Konstantin Turenko. Wir wenigstens ist noch kein Mensch
vorgekommen, der so zufrieden mit sich selbst gewesen
wäre.“

Auch Taras mußte lächeln. „Rein“, erwiderte er, „der
Herr Corporal war damals auch nicht glücklich, denn er
hatte gerade keinen Knopf Geld und ich mußte ihm einen
Gulden borgen. Ist er noch im Dorfe?“

„Freilich“, rief Umssa. „O, der Bräuhans! Mir
hat er gesagt: Ich habe Deinen Mann bewirthe wie ein
Fürst. In der ganzen großen Stadt Lemberg ist kein
Wirthshaus, wo ich ihn nicht freigehalten hätte!“ Ich habe
ihm natürlich keine Silbe geglaubt, aber die anderen Leute
mühten gleich Alles beschwören, was er ihnen vorliegt. Er
führt ja jetzt das große Wort im Dorfe! „Bassama! Ich,
des Kaisers Corporal!“ Sie suchte ihn in Stimme und
Geberde nachzuahmen. „So ein Bräuhans!“

„Nun, auch mir gegenüber hat er sein Mundwerk nicht
geschont, nachdem er erst den Gulden hatte! Uebrigens war
ich doch herzlich froh, als er mich erkannte und ansprach.
Es war die erste große Stadt, die ich sah, und ich kam mir
ganz verloren vor unter den vielen Menschen. Er und die
Anderen von Nassau nahmen sich meiner an und führten

mich überall herum; ich kam aus dem Staunen nicht heraus.
Doch, was ist Lemberg gegen Wien! Ich hielt mich auch
nur einen Tag auf und setzte dann meine Reise nach Krakau
fort. Aber dabei wurde mir immer länger, ich konnte keine
tröstlichen Gespräche mehr führen und mußte froh sein, wenn
ich mich über das Nothwendige verständigte. Denn dort
sprechen die Leute nicht mehr ordentlich aus voller Brust;
sie stoßen mit der Zunge an oder spizen den Mund und
lispeln, diese Magaren und Goralen. Da kam mir so am
Bege ein Landsmann in den Wurf, ein „Diak“ (Kirchen-
sänger) aus der Czorkower Gegend, welcher seinem Weibe
entlaufen war, weil es ihn zu viel geprügelt hatte. So
wenigstens erzählte mir das kleine, betrißte Männchen und
klagte, wie ihm das Geld fehle, sich nach Rußland durch-
zuschlagen; aber ich bin ihm später auf so viele Lügen und
Lumpereien gekommen, daß ich auch die Geschichte vom bösen
Weibe für erlogen halte. Nun, gleichviel, ein Landsmann
war er doch, und so hielt ich ihn bis Krakau fest. Denn
diese Stadt gehört nicht mehr zu Oesterreich, die Polen
haben dort einen kleinen Freistaat; ich begriff gar nicht, wie
Menschen leben können, ohne einen Kaiser zu haben, der die
Ordnung aufrecht hält. Jetzt freilich —“ Er unterbrach
sich und preßte wieder die Lippen zusammen. „Was ich
also sagen wollte: es fiel mir schwer, außer meines Kaisers
Lande zu sein; so wollte ich denn wenigstens ein Wort
Muthensich hören und befiel den Lumpen bis Krakau; dort
gab ich ihm den Kaufpaß.“

„Wie lang Du warst!“ rief die Popadja stolz ihren
Gatten zu und sie erzählten von dem Briefe.

(Fortsetzung folgt.)